Nr. 170 April 2021

à propos

Das Friedensmagazin von KOFF

Gewaltprävention und Friedensförderung

swiss peace
Schweizerische Friedensstiftung
Fondation suisse pour la paix
Fondazione svizzera per la pace
Swiss Peace Foundation

table of contents

1 focus

Zwei Facetten des Schweizer Ansatzes zur Gewaltprävention

2 reports

Der geschlechtsspezifischen Online-Gewalt in Palästina vorbeugen

Polizeigewalt in Brasilien

Konflikttransformation in einer Hausangestellten-Gewerkschaft

Kolumbien – Würdevolle Entscheidungen für den Frieden

Eine Rundfunk-Charta für Frieden und sozialen Zusammenhalt in Mali

Die Bedeutung der Friedenspädagogik

3 in depth

40 Jahre gewaltfreie Intervention in Konfliktgebieten

Hin zu einem Paradigmenwechsel

4 news

Summerschool: Ukraine – Opportunities and Challenges for Dialogue (virtueller Kurs, 5 Tage)

Masculinities, Marginalization, Militarism (virtueller Kurs, 6 Halbtage)

5 calender

Veranstaltungen & Events

editorial

Mit welchen Arten von Gewalt sind Friedensstifter_innen und politische Entscheidungsträger_innen bei ihrer Arbeit in Konfliktsituationen konfrontiert? Wie können sie friedlich darauf reagieren und diese verhindern?

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Sicherheitskräfte oft weder am effektivsten noch am angemessensten auf Gewalt reagieren. In dieser Ausgabe des à propos geben uns KOFF-Trägerorganisationen einen Einblick in ihre eigene Vorstellung einer Kultur der Gewaltfreiheit und des Friedens. Während die einen den Fokus auf sozialen Zusammenhalt und Inklusion legen, setzen sich andere für den Schutz der Menschenrechte oder die Förderung von Friedenserziehung ein. Einige schützen die Verfechter_innen dieser Kultur.

Redakteurin KOFF Magazin, Sanjally Jobarteh

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung KOFF ist Herausgeberin des Friedensmagazins à propos. Sie schafft damit eine Plattform für die unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven ihrer Mitglieder und Partner_innen. Die Artikel im Magazin geben ausschliesslich die Ansichten und Haltungen der Autor_innen wieder und entsprechen nicht den Ansichten und Haltungen von KOFF oder swisspeace.

schwerpunkt

Zwei Facetten des Schweizer Ansatzes zur Gewaltprävention

Flüchtlingslager in Syrien. DEZA

Gewalt: Die Spitze des Eisbergs aus Fragilität

Gewaltprävention aus Sicht der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Wenn Gewalt die sichtbare Spitze des Eisbergs der Fragilität ist, muss die Gewaltprävention den gesamten Eisberg anpacken. Das heisst alle Fragilitätsprobleme, die Gewalt verursachen können, wie etwa der Mangel an sozialem Zusammenhalt und Perspektiven, fehlende Verantwortung vonseiten des Staates und seiner Institutionen oder ein hohes Mass an Korruption, Ausgrenzung und wahrgenommener Ungerechtigkeit, müssen angegangen werden. Der Begriff Gewalt umfasst häusliche, sexuelle, sexistische, kriminelle, ideologisch und politisch motivierte Gewalt sowie Bandengewalt. Diese Fragilitätsprobleme können in extremistischer Gewalt münden. Seit Jahren beschäftigt das Thema Prävention von gewalttätigem Extremismus zahlreiche internationale Akteur_innen und Entscheidungsträger_innen und regt zu wichtigen politischen Diskussionen und operativen Entwicklungen für die Ausarbeitung von Präventionsstrategien an. Inzwischen ist Gewaltprävention allgemein in den Fokus der internationalen Zusammenarbeit gerückt.

Fragilität, Konflikte und Gewalt stellen grosse Herausforderungen dar, die Entwicklungsmassnahmen ausbremsen oder zunichtemachen können. Konflikte und

Gewalt beeinträchtigen das Leben von Millionen Menschen und sind für einen Grossteil des Bedarfs an humanitärer Hilfe auf der Welt verantwortlich, denn sie führen zu Vertreibung, zerstören Lebensgrundlagen und zerschlagen Chancen für Wachstum, Entwicklung und Wohlstand. Für die DEZA ist der Umgang mit den besonderen Herausforderungen dieser fragilen Kontexte eine strategische Priorität. Die zunehmende Einbindung der Schweiz in fragile oder konfliktbetroffene Regionen erfordert nachhaltiges Engagement, das mit einer anpassungsfähigen Herangehensweise verbunden ist, sowie vollkommenes Verständnis der Fragilität in all ihren Aspekten und in ihrer ganzen Komplexität.

Anhand von Ansätzen für die Prävention und Transformation von Konflikten und Gewalt sollen politische und soziale Konflikte mit friedlichen Mitteln verhindert oder positiv verändert werden. Dies geschieht beispielsweise durch die Förderung friedlicher, gerechter und inklusiver Gesellschaften (Agenda 2030, SDG 16+). Krisenausbrüche zu verhindern reicht nicht aus, um Gewalt und Konflikten vorzubeugen oder sie zu transformieren. Stattdessen gilt es, die tieferen Ursachen von Spannungen und Konflikten anzupacken. Nur so kann der “Weg aus der Fragilität” gelingen und eine Wiederholung von Gewalt ausgeschlossen werden. Die Verteidigung einer starken Gesellschaft, die auf demokratischen Werten und guter Regierungsführung beruht, ist ein wesentlicher Faktor für Konflikt- und Gewalttransformation.

Das Ziel besteht darin, wiederkehrende Gewaltzyklen mittels Beseitigung der grundlegenden Konfliktursachen und unter Berücksichtigung staatsbildender Faktoren zu durchbrechen, um eine gute rechtsstaatliche Regierungsführung aufzubauen, die Zivilbevölkerung zu schützen, Menschenrechte zu wahren und auf diese Weise die Prävention oder Transformation von Konflikten und Gewalt zu unterstützen. Um sicherzustellen, dass wir angemessen auf Fragilitäts-, Konflikt- und Gewaltfaktoren einwirken, müssen Theorien des Wandels in fragilen, konfliktbetroffenen Regionen explizit mit einer Analyse des Umfelds, des Konflikts und der politischen Ökonomie verknüpft werden.

Gewalttätiger Extremismus lässt sich in fragilen Kontexten nicht klar von anderen Formen von Gewalt trennen. Es gibt keine gemeinsame internationale Definition. Die Komplexität von gewalttätigem Extremismus wird durch seinen politischen – und daher sensiblen – Charakter auf nationaler und internationaler Ebene sowie die Vielzahl an beteiligten Akteurinnen und Akteuren zusätzlich erhöht. Für die DEZA kann gewalttätiger Extremismus sowohl Ursache als auch Auswirkung von Fragilität sein. Deshalb betrachtet sie die Konfliktdynamik, die menschenrechtlichen Folgen und die potenziellen Risiken aus einer möglichst ganzheitlichen Perspektive.

Gewalttätiger Extremismus und der Umgang damit auf dem Prüfstand

Gewaltprävention aus Sicht der Abteilung Frieden und Menschenrechte des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Seit jeher neigen Regierungen dazu, auf die Gewalt eines bewaffneten Aufstandes ebenfalls mit Gewalt zu reagieren. Um das Feuer möglichst schnell zu löschen, werden als Erstes die Feuerwehrleute (also die Streitkräfte) entsandt.

Die Szenarien wiederholen sich: Bevölkerungsgruppen, die diskriminiert oder politisch und wirtschaftlich übersehen werden (vor allem fernab der grossen Städte), geballte Unzufriedenheit, Ausnutzung der Spannungen durch diverse Gruppen, welche die etablierte Ordnung umstürzen wollen, Gewalt, Unterdrückung – eine endlose Gewaltspirale.

So zumindest ist die Welt bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts mit gewalttätigem Extremismus umgegangen, bis sich der UNO-Generalsekretär mit Nachdruck dagegen aussprach: Man müsse die Ursachen (und nicht die Auswirkungen) von Gewalt anpacken und die direkte Begegnung mit den betroffenen Bevölkerungsgruppen suchen. Regierungen, Streitkräfte, Politikerinnen und Politiker, Intellektuelle, Medien, die gesamte Gesellschaft – sie alle seien für diese Gewalt verantwortlich. Deshalb müssten sie gemeinsam gegen die Bedrohung des Extremismus vorgehen, nicht nur durch den Versuch, diejenigen auszuschalten, die Gewalt propagieren, sondern auch durch die Beseitigung der Ungleichgewichte, die diese Gewalt nähren. Gemeinsam? Genau darin besteht die Schwierigkeit, aber auch die Lösung.

Die Schweiz ist diesem Appell als eines der ersten Länder gefolgt. 2016 lancierte sie ein Programm zur Prävention von gewalttätigem Extremismus in Afrika und im Mittleren Osten und plädiert seitdem unentwegt für einen ganzheitlichen Politik- und Sicherheitsansatz, der in erster Linie die Bevölkerung berücksichtigt (die sogenannte menschliche Sicherheit). Die Anzahl der Treffen zwischen lokalen, nationalen und internationalen Verantwortlichen wurde auf rund 50 erhöht. In etwa 30 Ländern brachte die Schweiz Militärangehörige, Minister_innen, Jugendliche, Journalist_innen sowie hohe Funktionärinnen und Funktionäre an einen Tisch. Über 2000 Personen beteiligten sich an diesen Bemühungen um einen Dialog – häufig zu ihrer eigenen Überraschung.

Denn es geht tatsächlich darum, einen Dialog zu führen. Frei nach der typisch schweizerischen Überzeugung, dass es immer eine Lösung gibt, sofern man den anderen zuhört und miteinander redet, trat das EDA an die verschiedenen von extremer Gewalt betroffenen Kreise heran und veranstaltete grenzüberschreitende und generationenübergreifende Begegnungen mit unterschiedlichen Standpunkten sowie verschiedenen kulturellen und geografischen Hintergründen. Jedes Mal galt es, Fragen aufzuwerfen und diejenigen wachzurütteln, die keine anderen Auswege als die bereits bekannten sahen.

Doch was wurde aus diesen Erkenntnissen, nachdem alle wieder nach Hause zurückgekehrt waren? Wie wurde diese Kultur des Austausches und der gegenseitigen Akzeptanz, die der Weg zum Frieden ist, in der Politik und den einzelnen Entscheidungen der Teilnehmenden konkret umgesetzt, denn das war ja gerade die Herausforderung des Programms? Um dies herauszufinden, hat das EDA kürzlich eine Untersuchung durchgeführt, deren Ergebnisse demnächst veröffentlicht werden sollen.

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
Barbara Affolter
conflictandhumanrights@eda.admin.ch
Policy Advisor Fragility, Conflict and Human Rights, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)
Carol Mottet
carol.mottet@eda.admin.ch
Senior Advisor, Abteilung Frieden und Menschenrechte

links

- Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
- Abteilung Frieden und Menschenrechte
- Prävention von gewalttätigem Extremismus

dossier

Der geschlechtsspezifischen Online-Gewalt in Palästina vorbeugen

Video "Rana's Story" (www.besafe.ps)

In der aktuellen globalen Gesundheitskrise verbringen weltweit viele Menschen mehr Zeit online als je zuvor. Lockdowns, Quarantäne und Selbstisolation haben die Internetnutzung um bis zu 70 % erhöht. Während es zahlreiche Berichte über die Zunahme von häuslicher Gewalt in Folge der pandemiebedingten Einschränkungen gab, fand der Anstieg geschlechtsspezifischer Gewalt (GBV) in digitalen Räumen weniger Beachtung. Online-GBV war jedoch schon vor der Pandemie weit verbreitet. Es wird nun zunehmend anerkannt, dass sie im größeren Kontext systemischer geschlechtsspezifischer Diskriminierung stattfindet und in strukturellen Ungleichheiten und Machtungleichgewichten wurzelt.

Weltweit wächst die Besorgnis über Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Informations- und Kommunikationstechnologien, etwa in Bezug auf künstliche Intelligenz, das Recht auf Privatsphäre, Meinungsfreiheit, Nichtdiskriminierung oder Hassrede. Dies trifft auch auf Palästina und Israel zu. “Viele Palästinenser_innen sind vermehrten Einschränkungen und Verletzungen ihrer Menschenrechte im Internet ausgesetzt”, schreibt *7amleh – The Arab Center for the Advancement of Social Media*. Die NGO, die sich für die digitalen

Rechte der Palästinenser_innen einsetzt, hat im Jahr 2020 vermehrt Rassismus und Hetze gegen Palästinenser_innen in sozialen Medien beobachtet. Eine aktuelle Studie stützt diesen Befund und verdeutlicht das Ausmass der geschlechtsspezifischen Online-Gewalt in Palästina und Israel.

PeaceWomen Across the Globe (PWAG) hat in ihrem Netzwerk ebenfalls eine Zunahme von Menschenrechtsverletzungen im digitalen Raum und speziell von geschlechtsspezifischer Online-Gewalt beobachtet. PWAG setzt sich für die Förderung der Partizipation von Frauen ein – und das Internet ist ein wichtiger Teil der Räume, in denen sichere Partizipation und sicherer Zugang gewährleistet werden müssen. Im palästinensischen Kontext mit seinen fragmentierten und eingeschränkten physischen Versammlungsmöglichkeiten ist es besonders wichtig, digitale Räume für Aktivismus zu schützen und sie für Frauen sicher zu machen.

Gemeinsam mit der palästinensischen NGO *TAM – Women & Media Development* will PWAG deshalb gegen geschlechtsspezifische Gewalt im Internet vorgehen. TAM begann vor einigen Jahren, sich mit der Prävention von Online-GBV zu beschäftigen. Ausgehend von einer Grundlagenstudie wurden mehrere Projekte entwickelt, die sich mit den Bedürfnissen von Frauen in Bezug auf Online-GBV befassen, zum Beispiel durch eine Informations-Website und eine Helpline.

In unserem gemeinsamen Projekt “To be safe” bekämpft TAM die Ursachen von Online-GBV durch Kapazitätsaufbau und Sensibilisierungsworkshops. Darin lernen Lehrer_innen und Sozialarbeiter_innen aus palästinensischen Schulen in den Gebieten Bethlehem und Hebron, wie sie Betroffene von Online-GBV unterstützen und das Thema mit ihren Schüler_innen behandeln können. Anschließend vermitteln sie den Schüler_innen die notwendigen Fähigkeiten, um ihre Privatsphäre und Sicherheit in der digitalen Sphäre zu verbessern. Das Projekt beinhaltet auch die Möglichkeit, dass Schüler_innen selbst Initiativen planen und umzusetzen, um ihre Mitschüler_innen weiter zu sensibilisieren.

PeaceWomen Accross the Globe (PWAG)
Andrea Filippi
andrea.filippi@1000peacewomen.org
Program & Advocacy

links

- PeaceWomen Accross the Globe (PWAG)
- TAM (www.tam.ps)
- UN Women (2020): Online and ICT* facilitated violence against women and girls during COVID-19 (auf Englisch)
- 7amleh (2020): Know Your Digital Rights: Towards a Safe, Fair & Free Palestinian Digital Space. (auf Englisch)
- Kvinna till Kvinna & 7amleh (2018): A Violent Network: Gender-Based Violence Against Palestinian Women in Virtual Space (auf Englisch)

dossier

Polizeigewalt in Brasilien

Black Lives Matter, Juni 2020, CIPÓ

Der gewaltsame Tod von George Floyd hat im vergangenen Jahr Hunderttausende auf die Strasse getrieben und den Black Lives Matter-Bewegungen weltweit Auftrieb verliehen. Auch in Brasiliens Armenvierteln ist Polizeigewalt an der Tagesordnung. Doch der Widerstand in der Bevölkerung wächst. Basisbewegungen wehren sich gegen strukturelle Gewalt und Rassismus.

2019 töteten brasilianische Sicherheitskräfte 6‘357 Menschen. Die Zahl der tödlichen Opfer von Polizeigewalt nahm das sechste Jahr in Folge zu. UNDOC stuft die Rate der durch die Polizei verursachten Tötungen viermal höher als in den USA ein.

Jair Bolsonaro rechtfertigt die exzessive Gewaltanwendung der Sicherheitskräfte mit seinen Hetzreden. Die meisten Opfer von Polizeigewalt sind schwarz, männlich und arm. Mehr als die Hälfte (55%) von ihnen sind zwischen 15 und 25 Jahre alt.

Einer der Gründe für die staatlich verursachten oder tolerierten Morde an der Zivilbevölkerung liegt in der gesellschaftlichen Akzeptanz von Gewalt, die ihre Wurzeln in der Geschichte der Sklaverei hat.

Bis heute ist die Geschichte der systematischen Diskriminierung und Ausbeutung nicht aufgearbeitet und wirft ihren Schatten auf die heutigen gesellschaftlichen Strukturen. Der strukturelle Rassismus besteht weiterhin in den ungleichen gesellschaftlichen Strukturen fort. Strafrechtspraxis und Polizeigewalt tragen zur Perpetuierung sozialer

Ausschlussmechanismen bei.

Statt die tieferen Ursachen dieser Gewalt anzugehen, setzt die Regierung Bolsonaro auf eine Politik “der harten Hand”. Der vorherrschende sicherheitspolitische Diskurs lautet: Drogenhandel und Kriminellen ist nur mit möglichst gewaltsamen Mitteln beizukommen. Entsprechend werden bei Gewalttaten von Polizist_innen oft beide Augen zugedrückt. Der Einsatz tödlicher Gewalt wird oft als unvermeidlicher Preis für die Sicherheit dargestellt.

Mit hochpotenten Kriegswaffen führen Polizist_innen auf staatliches Geheiß einen “Krieg gegen Drogen und Kriminelle”, nehmen das Gesetz oft in die eigene Hand und sind zum Teil auch direkt in kriminelle Aktivitäten involviert. Bei ihren Einsätzen in den Favelas gefährden sie häufig unbeteiligte Passant_innen, oftmals auch Kinder und Jugendliche. Allein in Rio de Janeiro wurden 2020 62 Kinder von Querschlägern bei Schusswechseln getroffen, 26 starben an den Folgen.

Gegen die Straflosigkeit

Die fatalen Folgen dieser repressiven und militarisierten Sicherheitspolitik dokumentieren die Projektpartner_innen von terre des hommes schweiz in den Favelas von Salvador und Recife, wo Basisorganisationen mit Sozialprogrammen für Jugendliche die Wurzeln der Gewalt anpacken. Sie kämpfen gegen die Straflosigkeit der Gewaltverbrechen der Polizei. Die Jugendgruppen der Partnerorganisation CIPÓ analysieren die strukturellen Ursachen der Gewalt und entwickeln gemeinsam gewaltfreie Ansätze, um sich gegen die Stigmatisierung in ihrem Alltag zu wehren.

Mit ihren beharrlichen öffentlichen Protesten gegen die Straflosigkeit bei polizeilicher Willkür und gegen gesetzeswidrige Übergriffe durch die Polizei haben die Jugendlichen von CIPÓ einen Teilerfolg erzielt: Die jungen Aktivist_innen wurden im Parlament des Bundesstaates Bahia angehört und konnten eine Untersuchungskommission zu Fällen von Polizeigewalt einfordern.

Woher kommen die Waffen?

Um herauszufinden, inwieweit Polizeikräfte, die nachweislich schwere Menschenrechtsverletzungen begangen haben, mit Schweizer Waffen ausgerüstet werden, hat terre des hommes schweiz zusammen mit Terre des Hommes Deutschland eine Studie in Auftrag gegeben. Diese vertiefte Analyse mit mehreren Fallbeispielen zu Polizeigewalt wird im Mai 2021 veröffentlicht.

Terre des hommes
Andrea Zellhuber
andrea.zellhuber@terredeshommes.ch
Verantwortlich für das Management der Gewaltprävention

links

- Waffenhandel/Terre des hommes (auf Englisch)
- Statistiken zur Polizeibrutalität in Lateinamerika (auf Spanisch)

- Magazin/Terre des hommes Switzerland
- Video über Polizeigewalt in Brasilien

dossier

Konflikttransformation in einer Hausangestellten-Gewerkschaft

Image not found or type unknown

Hausangestellte in El Salvador fordern eine Kultur der Gewaltfreiheit während einer Demo zum 8. März und fördern diese auch in ihrer Gewerkschaft. Brücke · Le pont.

El Salvador gehört zu den Ländern mit der weltweit höchsten Gewalt- und Femizidrate. Davon betroffen sind auch Hausangestellte, die zusätzlich Diskriminierung am Arbeitsplatz erfahren. In der Gewerkschaft Simuthres setzen sich rund 350 Frauen für ihre Rechte ein – und pflegen auch intern eine Kultur der Gewaltfreiheit.

Hausangestellte in El Salvador sind starker geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen ausgesetzt, leben oft in durch kriminelle Banden kontrollierten Quartieren und werden durch ihre Arbeitgeber_innen ausgebeutet. “Brücke · Le pont” unterstützt in diesem Kontext eine Gewerkschaft von Hausangestellten, das *Sindicato de mujeres trabajadoras del hogar remuneradas salvadoreñas* (Simuthres). Ziel des gemeinsamen Projekts ist es, dass die Hausangestellten ihre Arbeits- und Lebensbedingungen verbessern. Dank Schulungen sowie rechtlicher und psychologischer Beratung lernen sie, ihre Arbeits- und Menschenrechte einzufordern. Zudem engagiert sich die Gewerkschaft mit Öffentlichkeitskampagnen und in Allianzen dafür, dass auch staatliche Institutionen die Rechte von Hausangestellten anerkennen.

Interne Konflikte bewältigen

Für den Erfolg der organisierten Hausangestellten ist zentral, dass die Gewerkschaft intern gestärkt ist und gegen aussen geeint auftritt. Das ist aufgrund ihrer Zusammensetzung nicht selbstverständlich: Es handelt sich um eine Basisorganisation, wo jede Hausangestellte persönliche, komplexe Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen mitbringt. Für die meisten ist die Zusammenarbeit in einer Gruppe ganz neu. Seit der Gewerkschaftsgründung 2014 haben die Frauen einen bedeutenden kollektiven Lernprozess durchlaufen. Eine Erkenntnis ist, dass sie nebst ihren Haupttätigkeiten auch Zeit und Ressourcen in ein gutes internes Klima investieren müssen.

Inzwischen führen sie regelmässig Workshops zu Konflikttransformation durch. Schwerpunkte sind Strategien zur Lösung interner Konflikte, gewaltfreie und

selbstbewusste Kommunikation, Selbstfürsorge und emotionales Wohlbefinden sowie zwischenmenschliche Beziehungen. Die Frauen haben auch gemeinsam Regeln der Zusammenarbeit aufgestellt, die gegenseitigen Respekt und eine konsensorientierte Entscheidungsfindung fördern. Dazu gehört, dass die Vorstandsmitglieder den Kommunikationsfluss untereinander und mit den Mitgliedern verbessert haben und neue Gewerkschaftsmitglieder individuell begleitet und bestmöglich integriert werden.

Gestärkt in Gewerkschaft und Gesellschaft

Die verschiedenen Tätigkeitsfelder von Simuthres befruchten sich gegenseitig: Dank der Schulungen zu Gender und Arbeitsrechten entwickeln die Gewerkschaftsmitglieder ein Verständnis für die strukturelle Gewalt gegenüber Frauen und Hausangestellten und können auch die Erfahrungen ihrer Kolleginnen besser einordnen. Dass sie in der Gewerkschaft darin gefördert werden, ihre Meinung kundzutun, hilft ihnen wiederum, ihre Rechte am Arbeitsplatz einzufordern und sich besser gegen Missbrauch zu wehren.

Gerade aufgrund ihrer vielfältigen Gewalterfahrungen ist es für die Hausangestellten zentral, in der Gewerkschaft einen Ort der Gewaltfreiheit zu erleben. Dieser ergibt sich nicht von selbst, sondern muss sorgfältig gepflegt werden. So fördern die Frauen durch ihr Engagement eine Kultur der Gewaltfreiheit auf mehreren Ebenen.

Bridge · Le pont
Fabienne Jacomet
fabienne.jacomet@bruecke-lepont.ch
Communication and Development Policy

links

- Projekt Abriendo Puertas (Brücke · Le pont)
- Cultura de paz (Brücke · Le pont)

---

dossier

Kolumbien - Würdevolle Entscheidungen für den Frieden

Mural-Aktivität im Dorf Palmichal bei der einheimisches Saatgut ausgetauscht und verteilt wurde, 24. August 2018. Atucsara

Kolumbien ist ein Land, das seit Jahrzehnten mit Gewalt lebt. Der bewaffnete Konflikt ist in der Geschichte des Landes verwurzelt. Die Gewalt hält trotz der Unterzeichnung des Friedensabkommens an.

Jeden Tag gibt es Berichte über Ermordungen von Anführer_innen, die für ihre Rechte kämpfen, von Umweltschützer_innen, welche die Natur verteidigen, von Ex-Kombattant_innen, die versuchen, sich wieder in die Gesellschaft zu integrieren, von Frauen, weil sie Frauen sind, von jungen Menschen, weil sie sich kritisch äussern.

Einschüchterungen, Erpressungen und Angst sind im täglichen Leben vieler Menschen präsent.

Kolumbien ist eine Gesellschaft, die zwischen Reichtum und Armut oszilliert, wobei ca. 50% der Bevölkerung informell arbeiten. Die Pandemie hat die Ungleichheiten noch verschärft und gezeigt, dass das Land noch weit davon entfernt ist, die Armut zu überwinden. Diese Armut geht über die Nahrungsmittelknappheit hinaus, denn sie ist auch ein Mangel an Meinungsfreiheit, an politischer Partizipation, an Perspektiven.

Atucsara, Partnerorganisation von Fastenopfer, arbeitet mit bäuerlichen Gemeinden im Departement Cauca. Der ganzheitliche Ansatz umfasst verschiedene Dimensionen, von der Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktion bis hin zur Beteiligung am politischen Leben, damit die Gemeinden Vorschläge einbringen und an Diskussionen und Entscheidungsprozessen teilnehmen können. Aber was wäre das alles ohne die gleichzeitige Arbeit an einer Kultur des Friedens und der Geschlechtergerechtigkeit? Eine wichtige Dimension würde so vergessen gehen, nämlich das Bewusstsein, dass alle Menschen wichtige Akteur_innen beim Aufbau des Friedens sind.

Frieden hat mit der Vergangenheit zu tun, mit den Beziehungen zwischen den Menschen

und mit Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern. Frieden hängt von den Interessen der einzelnen Gruppen und den Konflikten ab, die in den Gebieten herrschen. Atucsara trägt mit ihrer Arbeit zu einer Kultur des Friedens bei, weil sie den Menschen bewusst macht, dass sie ihre Realität verändern können.

In den Projekten von Atucsara wird nicht nur Wissen vermittelt. Es werden auch Aktivitäten, wie die Entwicklung von Spargruppen, begleitet, die helfen, Vertrauen und Verantwortung unter den Menschen aufzubauen. Gemeinschaftlich werden landwirtschaftliche Alternativen zum Kokaanbau entwickelt. Die Menschen werden befähigt, Vorschläge und Forderungen in Dialogforen einzubringen, in denen sie generationenübergreifend ihre Beziehungen reflektieren und Themen wie häusliche Gewalt diskutieren können. Und auch die grossen Themen wie Versöhnung und Vergebung innerhalb des konfliktiven Kontextes werden aufgenommen. All dies trägt zum Aufbau einer friedlicheren Koexistenz in den Gemeinden bei.

“Frieden zu schaffen bedeutet, Werte zu schaffen, Glauben zu respektieren, nach Strategien für ein gesundes, gewaltfreies Zusammenleben zu suchen. Es bedeutet zu wissen, wie man mit seiner Nachbarschaft zusammenlebt und ein gutes Beispiel abgibt. Es bedeutet, das Leiden der anderen zu verstehen und nachvollziehen zu können.”

Atucsara
Oswaldo Palacios
osyamid@gmail.com
Soziale Kommunikation
Fastenopfer
Alicia Medina
Program Manager

links

- Atucsara
- Fastenopfer
- Video "eine Kutlur des Friedens schaffen" (auf Spanisch)

dossier

Eine Rundfunk-Charta für Frieden und sozialen Zusammenhalt in Mali

Unterzeichnungszeremonie der Charta, im Maison de la presse in Bamako, 13. Februar 2021. Studio Tamani/Fondation Hirondelle

Die malischen Medien haben den Welttag des Radios am 13. Februar 2021 genutzt, um eine Charta für Rundfunk- und Fernsehsender im Land zu verabschieden. Das mithilfe der Stiftung Hirondelle verfasste Dokument soll die konstruktive Rolle der Medien für den sozialen Zusammenhalt und Frieden im Zusammenhang mit der Krise im Sahel stärken.

Die Medien sind Vermittler_innen, welche – sofern sie professionell und verantwortungsbewusst arbeiten – die interaktive Kommunikation zwischen Bevölkerung, Entscheidungsträger_innen und allen Teilen der Gesellschaft fördern können. Auf diese Weise ermöglichen sie eine bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse und Kapazitäten der von Konflikten betroffenen Bevölkerungsgruppen. Durch die Schaffung von medialen Räumen des inklusiven Dialogs, welche die Meinungsvielfalt widerspieglen, können die lokalen Medien auf Lebenswirklichkeiten aufmerksam machen und zur Überwindung stigmatisierender Darstellungen beitragen. So verringern sie die Polarisierung von Gesellschaften, die in ethnische, religiöse oder politische Gruppen gespalten sind, und wirken als Katalysatoren für einen friedlicheren öffentlichen Raum.

Um die malischen Medien bei dieser konstruktiven Rolle zu unterstützen, wurde mit Blick auf die zu beachtenden Ethik- und Berufsregeln eine Charta ausgearbeitet und am 13. Februar 2021 im Pressehaus von Bamako unterzeichnet. Die Zeremonie erfolgte unter der Schirmherrschaft von Fodié Touré, dem Präsidenten der *Haute Autorité de la Communication* (HAC), im Beisein von Bandiougou Danté, dem Präsidenten des Pressehauses und der *Union des Radios et Télévisions Libres du Mali* (URTEL) in Mali, sowie Martin Faye, dem nationalen Vertreter der Stiftung Hirondelle.

Die Inspiration für diese Charta stammte vom Studio Tamani, einem von der Stiftung Hirondelle und URTEL in Mali initiierten Radioprogramm, das seit 2013 täglich im ganzen Land Nachrichten und Talkshows in einem Netz aus 85 Rundfunksendern ausstrahlt. In der Präambel der Charta steht: “Um jegliche Entgleisung oder Kompromittierung zu verhindern, die das Zusammenleben und den sozialen Zusammenhalt gefährden könnten, müssen die Mitarbeitenden der malischen Rundfunk- und Fernsehsender, zusätzlich zu den allgemein für Journalistinnen und Journalisten geltenden Regeln, eigene Verhaltensregeln definieren, die für die Erfüllung ihres Auftrags unverzichtbar sind.” In den nachfolgenden 13 Artikeln werden die Verpflichtungen der unterzeichneten Rundfunk- und Fernsehsender dargelegt. Artikel 10 geht beispielsweise auf den Beitrag der Medien für den Frieden ein: “Die Rundfunk- und Fernsehmitarbeitenden sind sich ihrer besonderen Verantwortung bewusst, wenn sie auf Sendung sind, und vermeiden es, den sozialen Zusammenhalt und die nationale Einheit Malis durch Fehlverhalten zu gefährden. Als Mentor_innen und Mediator_innen fördern sie bei ihrer Arbeit eine Kultur des Friedens und des sozialen Zusammenhalts.”

Im Sinne der Charta sollen Rundfunk- und Fernsehanstalten ein soziales Bindeglied der Malierinnen und Malier werden, das Vertrauen innerhalb der Gesellschaft wiederherstellen und einen Schutzwall gegen Extremismus, Gewalt zwischen Gemeinschaften und Stigmatisierung von Bevölkerungsgruppen bilden. Der HAC-Präsident betonte während der feierlichen Unterzeichnung: “Diese Charta ist ein Instrument, das bisher in der Sammlung von Referenztexten für die Vergabe von Frequenzen und die Überwachung von Radiosendern in unserem Land fehlte.”

Fondation Hirondelle
Nicolas Boissez
nicolas.boissez@hirondelle.org
Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

links

- Fondation Hirondelle
- Studio Tamani
- Malis Rundfunk-Charta
- Video/Unterzeichnungszeremonie der Charta im Maison de la Presse in Bamako

dossier

Die Bedeutung der Friedenspädagogik

Muslimische und christliche Studierende lernen gemeinsam in Bosnien und Herzegowina. Richard Wayman/Alamy

Was ist Friedenspädagogik?

Das grundlegende Ziel der Friedenspädagogik ist es, einer Kultur des Krieges durch die Förderung einer Kultur des Friedens entgegenzuwirken. Friedenspädagogik revidiert die Annahme, Gewalt sei eine angeborene Eigenschaft des Menschen, und vermittelt die Fähigkeit, Konflikte ohne Gewalt zu lösen. Die Lernenden sollen sich zu verantwortungsbewussten Menschen entwickeln, die anderen innerhalb und ausserhalb ihrer Landesgrenzen und ihrer gesellschaftlichen Gruppe mit Toleranz, Empathie und Solidarität begegnen, um der Gewalt den Nährboden zu entziehen und sich aktiv für bessere Friedensperspektiven einzusetzen.

Dabei verfolgt die Friedenspädagogik vielfältige Ansätze: Manche schulen persönliche und zwischenmenschliche Kompetenzen wie emotionale Achtsamkeit, Aggressionsbewältigung, Einfühlungsvermögen, Zusammenarbeit und Freundlichkeit; andere konzentrieren sich auf die sozialen, kulturellen und politischen Aspekte des Friedens, etwa Umwelt- und Menschenrechtserziehung, entwicklungspolitische Bildung, interkulturelles Training und soziale Gerechtigkeit.

Schulen als Orte der Gewalt

Einrichtungen der formalen Bildung sind oft Orte der Gewalt – einschliesslich direkter, kultureller und struktureller Gewalt – und bieten nicht immer ein Umfeld, das den Zielen der Friedenspädagogik zuträglich ist. Dennoch vermitteln Schulen soziale und kulturelle Werte, Normen und Einstellungen. Durch Bildung unterstützen sie Heranwachsende beim Aufbau positiver Beziehungen und schaffen sichere Lernumgebungen, in denen sich junge Menschen entfalten können. Veröffentlichten Daten und Studien zufolge führten friedenspädagogische Massnahmen nachweislich sowohl zu verbesserten Einstellungen und mehr Zusammenarbeit als auch zu einem Rückgang der Gewalt und der Schulabbruchquoten. In Afghanistan beispielsweise wurden durch das Programm “Help the Afghan Children” verschiedene Formen von Gewalt drastisch verringert. Zudem änderte sich die Einstellung der Kinder bezüglich Gewalt gegen Frauen.

Da Schulen im Leben von Kindern und Heranwachsenden einen sehr hohen Stellenwert haben und gemeinsame Anstrengungen für die Entwicklung von Friedenskulturen im Bildungsumfeld unverzichtbar sind, ist es sinnvoll, das Verständnis und die Praxis der Friedenspädagogik in formalen Schulen zu verbreiten und die Schlüsselrolle hervorzuheben, die Schulen bei der Friedensförderung übernehmen können.

Wie lässt sich Friedenspädagogik etablieren?

Aus der Forschung von International Alert geht hervor, dass wir Friedenspädagogik in Schulen wirksam voranbringen müssen. Dies umfasst die Förderung gesunder Beziehungen und einer friedlichen Schulkultur, die Eindämmung struktureller und kultureller Gewalt, die Berücksichtigung der Art und Weise, wie Bildung vermittelt und verpackt wird, auch über den Lehrplan hinaus, die Vereinbarung friedenspädagogischer Ansätze für persönliche Entwicklung und zwischenmenschliche Beziehungen mit breiter gefassten gesellschaftspolitischen Ergebnissen sowie die Verknüpfung der Bemühungen zur Förderung einer Friedenskultur in Schulen mit grösseren Gemeinschaftsinitiativen und politischen Entscheidungen.

Die Etablierung der Friedenspädagogik ist weder linear noch einfach. Formale Schulen lassen sich nicht radikal von heute auf morgen transformieren, doch wir können herausfinden, wo Änderungen an bestehenden Systemen möglich sind und wo ergänzende Arbeit gefragt ist.

International Alert
Caroline Brooks
Program Manager

links

- International Alert
- Bericht zur Friedenspädagogik (auf Englisch)
- Umfrage zu Friedenswahrnehmungen (auf Englisch)

erfahren sie mehr darüber

40 Jahre gewaltfreie Intervention in Konfliktgebieten

Archiv des niederländischen Komitees zur Solidarität mit dem Volk von Guatemala. CIRMA

Frieden ist nicht nur ein Zustand oder die Abwesenheit von Krieg, sondern ein Prozess. Ein Prozess, der Rechtsstaatlichkeit, Gewaltlosigkeit, den Schutz der Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, interkulturellen Respekt und Toleranz anstrebt. Mit dem gemeinsamen Ziel, diesen Prozess in Konfliktregionen voranzutreiben, gründete eine Gruppe erfahrener Friedensaktivist_innen 1981 in Kanada die Organisation Peace Brigades International (PBI).

Mit der Erfahrung, dass nachhaltiger sozialer Wandel in einem Konfliktgebiet von der Bevölkerung aus kommen muss, liegt der Friedensförderungsansatz von PBI in der Schutzbegleitung von bedrohten Menschenrechtsverteidiger_innen. Hierbei wird das Konzept der Drittpartei, die unbewaffnet in Konflikten interveniert, angewendet, welches auf Mahatma Gandhis Idee einer Friedensarmee beruht. Die Prinzipien der Nichteinmischung, der Nicht-Parteinahme sowie der Gewaltlosigkeit sind dabei von zentraler Bedeutung. Auch die Schaffung eines inklusiven und partizipativen Handlungsspielraums ist ein Schlüsselaspekt für diese Art der Konfliktbearbeitung. Denn nachhaltiger Frieden kann nur herbeigeführt werden, wenn ein Dialog zwischen den im Konflikt beteiligten Akteur_innen ermöglicht wird. Aufgrund dieser Prinzipien wird PBI nur auf Anfrage hin aktiv und unterstützt nur Akteur_innen aus der Zivilgesellschaft, die sich

gewaltfrei und legal für eine gerechte Konfliktlösung einsetzen.

PBI geht vom Prinzip einer integralen Schutzbegleitung aus, die sowohl die physische Begleitung wie auch Advocacy- und Sensibilisierungsarbeit umfasst. International hat die Organisation ein Netzwerk aus Kontakten zu Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft aufgebaut. Denn damit Gewaltübergriffe wirksam verhindert werden können, müssen sie sichtbar gemacht werden. Für einen nachhaltigen Wandel in Konfliktgebieten sind internationale Solidarität und Verantwortung unabdingbar. Andere wirksame Methoden, die zum Schutz der Menschenrechtsverteidiger_innen eingesetzt werden, sind namentlich Workshops zu Themen wie psychosoziale Begleitung und digitale Sicherheit.

In der Überzeugung, dass Frieden auf Inklusion und Toleranz aufbaut, legt PBI in ihrer Organisationsstruktur grossen Wert auf flache Hierarchien: Alle Mitglieder werden als gleichwertig angesehen und Entscheidungen werden auf allen Ebenen nach dem Konsensprinzip gefällt. Die Partnerschaft zu den begleiteten Organisationen baut auf gegenseitigem Vertrauen auf, ohne welches ein wirksamer Schutz nicht möglich wäre. PBI ist bemüht, dieses horizontale Modell und den gewaltfreien Ansatz so breit wie möglich mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft zu teilen.

In den vergangenen 40 Jahren gewaltfreier Interventionen in Konfliktgebieten passte sich PBI laufend an die sich verändernden politischen und sozialen Umstände vor Ort an. Das Endziel ist es, sich aus einem Gebiet zurück ziehen zu können, sobald die internationale Schutzbegleitung nicht mehr erforderlich ist. Damit wir den unterschiedlichen Realitäten und Bedürfnissen von gewaltbetroffenen Menschenrechtsverteidiger_innen gerecht werden können, ist ein stetiger Ausbau des Schutzmodells zentral. Daran wird die Organisation auch zukünftig arbeiten.

Peace Brigades International (PBI)
My Hang Thai
Fundraising und Projektunterstützung

links

- Gründungsversammlung von PBI, vor 40 Jahren

erfahren sie mehr darüber

Hin zu einem Paradigmenwechsel

Treffen des Frauenschutzteams zur Gemeindesicherheit in Bentiu im Südsudan, 24 Februar 2021. Nonviolent Peaceforce

Zunehmend wird anerkannt, dass viele existenzielle Bedrohungen, denen die Welt ausgesetzt ist, in einem mechanistischen Weltbild oder Paradigma wurzeln. Martin Luther King beschrieb dies als “unsere sachorientierte Zivilisation”. Es bedeutet die Trennung von Mensch und Natur, von Menschen untereinander aufgrund unterschiedlicher Klassen, Religionen, Rassen und Geschlechter sowie unseres Selbst von unserem ganzheitlichen, in sich vernetzten Wesen. Die Folge ist, dass wir Arten, Kulturen und Gemeinschaften auswählen, aussortieren und auslöschen. Dies spaltet uns als Gesellschaft und entfremdet uns von unserer Menschlichkeit. Und es entbindet die Mächtigen von den Konsequenzen ihrer Handlungen (Shiva, 2019). Wenn die Welt überleben soll, braucht sie ein anderes Narrativ, das von Wechselwirkung, Sinnhaftigkeit und Suffizienz handelt – einer menschen- und umweltorientierten Zivilisation.

Weltweit setzen sich Befürworter_innen dieser Philosophie für ihre Verbreitung ein. Der Übergang von vergeltender zu wiederherstellender Gerechtigkeit oder von industrieller Landwirtschaft zu Agrarökologie stellt im Wesentlichen eine Abkehr von dieser Trennung hin zu einer Wechselwirkung dar. Auch im Bereich der Sicherheit ist die Zeit für einen solchen Wandel gekommen, denn hier verlassen wir uns allzu sehr auf Mauern und Technologien, die isolieren oder Bedrohungen beseitigen sollen, damit wenige Privilegierte ihre Sicherheit getrennt von einem entmenschlichten Anderen geniessen können.

Da die Praxis des unbewaffneten Schutzes der Zivilbevölkerung (Unarmed Civilian Protection, UCP) zu diesem Wandel beitragen kann, möchten wir sie als anerkanntes Tätigkeitsfeld etablieren, anstatt sie lediglich als Instrumentarium zur Gewaltreduktion anzusehen, das nur wenigen Gruppen nützt. UCP ist ein neue Herangehensweise, die Sicherheit enger mit dem “feindlichen Anderen” verknüpft.

Seit fünf Jahren befasst sich Nonviolent Peaceforce mit der Etablierung von UCP als Tätigkeitsfeld. Im Rahmen von Workshops in Asien, Lateinamerika, Afrika, dem Nahen Osten, Nordamerika und Europa haben wir zusammen mit lokalen und internationalen Akteurinnen und Akteuren sowohl aus der Wissenschaft als auch aus der Politik gängige und bewährte Praktiken dieser Arbeit identifiziert und die Anwendung aktiver Gewaltfreiheit zur Konfliktvermeidung und -bewältigung, zum Schutz der körperlichen Unversehrtheit der Zivilbevölkerung und als Beitrag zu nachhaltigem Frieden untersucht. Als Gemeinschaft von Praktikerinnen und Praktikern möchten wir nicht nur unser kollektives Wissen erweitern, sondern auch die Wirkung der bereits geleisteten Arbeit und ihr Ausbaupotenzial aufzeigen. Im Laufe des nächsten Jahres wird eine abschliessende Veranstaltungsreihe stattfinden, deren Höhepunkt 2022 eine internationale UCP-Konferenz in Genf bilden wird.

Wir sind uns bewusst, dass eine grundlegende Veränderung nur möglich ist, wenn wir einen Paradigmenwechsel anstossen, mit dem es uns gemeinsam gelingt, Konflikte und Unsicherheiten statt durch den Einsatz von Streitkräften durch gewaltlose, zivile Massnahmen ohne Waffen zu bewältigen. Diese Herausforderung ist nicht unerheblich, denn das vorherrschende Machtverteilungssystem beruht auf Gewaltanwendung zur Erreichung einer Nullsummenlösung. Ein Systemwandel erfordert weit mehr als die reine Umsetzung von Projekten. Wir arbeiten nun daran, UCP in den breiteren Kontext des Bevölkerungsschutzes zu integrieren, um die Stimmen und die Teilhabe derjenigen zu verstärken, die am meisten von Gewaltkonflikten betroffen sind. Auf diese Weise möchten wir ein politisches Umfeld schaffen, das unbewaffnete Reaktionen auf Konflikte oder Unsicherheit priorisiert. Durch Aufklärung der Öffentlichkeit über UCP soll die Praxis für Gemeinschaften, die derzeit in relativem Frieden leben, transformiert werden. Geplant ist auch die Einbindung von UCP in eine Koalition gewaltfreier Bewegungen, beispielsweise für Umweltschutz, wiederherstellende Gerechtigkeit und alternative Ökonomien. Unsere grösste Chance besteht darin, diese voneinander getrennten Bewegungen zu vereinen und daraus eine “Roadmap” zu entwickeln, die eine globale Gemeinschaft dabei anleiten kann, ihren existenziellen Bedrohungen mit Mut und Mitgefühl zu begegnen.

Nonviolent Peaceforce
Huibert Oldenhuis
Berater für strategische Programmierung

Nonviolent Peaceforce

Tiffany Easthom

Direktorin

links

- Nonviolent Peaceforce

aktuell

Summerschool: Ukraine – Opportunities and Challenges for Dialogue (virtueller Kurs, 5 Tage)

Wie kann die Friedens- und Konfliktforschung zum besseren Verständnis der Konfliktdynamik in der Ukraine beitragen? Welche Chancen gibt es für eine Konfliktlösung in der Ukraine durch Dialog auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene? Auf welche Hindernisse stoßen diese Bemühungen?

In diesem Kurs werden Sie

- den Konflikt in und um die Ukraine und den aktuellen Stand des Konfliktlösungsprozesses verstehen lernen.
- die wichtigsten Akteur_innen, Treiber_innen und Ebenen im Konfliktkontext der Ukraine analysieren.
- Chancen und Herausforderungen für den Dialog in der Ukraine auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene einschätzen lernen.
- Schlüsselkonzepte aus der Friedensforschung kennen lernen und deren Anwendung auf die Ukraine besser verstehen.

- Erfahrungen austauschen und Teil einer “Community of Practice” werden.

Datum: 21. bis 25. Juni 2021

Bewerbungsfrist: 30. April 2021

links

- Details und Anmeldung

aktuell

Masculinities, Marginalization, Militarism (virtueller Kurs, 6 Halbtage)

Von der Wissenschaft bis zur praktischen Programmierung wurde Gender oft mit dem “biologischen Geschlecht” gleichgesetzt und als Synonym für Frauen verwendet. Dies beeinträchtigt das eigentliche analytische und emanzipatorische Potenzial der Gender-Analyse. Dieser Kurs bietet ein Gegengewicht zu dieser Tendenz, indem er die Rolle von Männlichkeiten in Konflikten und in der Friedensförderung hervorhebt.

In diesem Kurs werden Sie:

- verschiedene Männlichkeiten kennen lernen und als integralen Bestandteil der Gendertheorie verstehen lernen.
- die Verbindungen zwischen Männlichkeiten, Marginalisierung und Militarismus als treibende Kraft hinter Gewalt in Konflikten analysieren.
- von erfahrenen Praktiker_innen konkrete Ansätze zur Transformation schädlicher Männlichkeiten und deren Auswirkungen kennen lernen.
- reflektieren, wie sich diese Konzepte, Mechanismen und Ansätze auf Ihren eigenen Kontext beziehen lassen.

- Erfahrungen austauschen und Teil einer Community of Practice werden.

Datum: 30. Juni – 09. Juli 2021

Bewerbungsfrist : 30. April 2021

links

- Deatils und Bewerbung

agenda

Veranstaltungen & Events

KOFF MEMBER NEWS SEITE

Neuigkeiten der KOFF-Trägerorganisationen finden Sie auf unserer KOFF MEMBER NEWS SEITE.

GESCHLECHTSSPEZIFISCHE GEWALT UND IHRE INTERSEKTIONALITÄT

Geschlechtsspezifische Gewalt ist eine Epidemie in Lateinamerika und auf der ganzen Welt. In einem dreiteiligen Webinar werden Aktivistinnen aus unserem lateinamerikanischen Netzwerk die Intersektionalität von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit und Geschlechtsidentität im Kontext von geschlechtsspezifischer Gewalt und die Überschneidung von Femizid und institutioneller Gewalt diskutieren.

Datum: 10., 17. und 24. April 2021

Details und Anmeldung

RUNDTSICH: 'BOTH FEET ON THE GROUND': INNOVATION AN DER SCHNITTSTELLE VON FRIEDENSFÖRDERUNG UND MENSCHENRECHTEN

QUNO, Interpeace und DHF werden im Rahmen des FriEnt Peacebuilding Forums 2021 einen Rundtisch organisieren, um die Innovation und Kreativität von Praktikern über die disziplinären Grenzen von Menschenrechten und Friedensförderung hinweg zu nutzen, um festgefahrene politische Debatten abzuschütteln und integrierte statt bifurkierte Finanzierungsstrategien zu fördern.

Datum: 29 April 2021

Details

ILANZER SOMMER

Forum für Friedenskultur lanciert den *Ilanzer Sommer*! Vom 8.-14.8.2021 werden die Teilnehmenden gemeinsam Ideen, Projekte und Partnerschaften zu den drängenden Themen polarisierung mindern, dialog fördern, vertrauen aufbauen. Sie werden auch diskutieren, was jeder zu einer aktiven Friedenskultur in der Schweiz beitragen kann. Im Fokus: Schulen, Medien, Gemeinden. Mit Bezug auf Erfahrungen aus der internationalen Friedensarbeit. Ergänzt durch Übungsateliers und ein Kultur- und Begegnungsprogramm

an der herrlichen Bündner Bergluft

Datum: 8 – 14 August 2021

Details und Anmeldung (ab 14. April 2021)

Dieses PDF wurde automatisch generiert.
Lesen sie à propos: www.swisspeace.ch/apropos

Herausgeber	KOFF
Kontakt	Steinengraben 22, 4051 Basel, Schweiz Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Sanjally Jobarteh, Fabian Hofmann, Maria Vogelbacher
Übersetzung	Übersetzergruppe Zürich, Furrer Übersetzungen
Bildmaterial	Wandgemälde in der sozioökonomischen Reintegrationszone in La Variante für ehemalige FARC-Mitglieder und ihre Familien: «Frieden ist nicht die Abwesenheit von Krieg. Er ist die Tugend des Lebens». Creative Commons

KOFF
Die Schweizer Plattform für Friedensförderung
La plateforme suisse de promotion de la paix
La piattaforma svizzera per la promozione della pace
The Swiss platform for peacebuilding

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre
Alliance Sud
APRED
artasfoundation
BAHA'I
Brücke · Le pont
Caux - Initiativen der Veränderung
cfd
Coexistances
DCAF
Eirene Schweiz
Fondation Hirondelle
FriedensFrauen Weltweit
Frauen für den Frieden Schweiz
Graines de Paix
Green Cross Schweiz
GSoA
HEKS
HELVETAS Swiss Int.
IAMANEH Schweiz
IFOR-Schweiz
Interpeace
Luzerner Initiative für Frieden und Sicherheit (LIPS)
medico international schweiz
mission 21
miva Schweiz - transportiert Hilfe
Peace Watch Switzerland
Peace Brigades International
Peace Nexus Foundation
Quaker United Nations Office
Schweizerischer Friedensrat
Schweizerisches Rotes Kreuz
SCI Schweiz
Solidar Suisse
SOS Kinderdorf
Swiss Academy for Development
SWISSAID
Terre des Femmes Schweiz
terre des hommes schweiz